

Handwritten: Starkaus

Nichtenstein-Culmburger Tageblatt

Früher Wochen- und Nachrichtenblatt

Tageblatt für Seeburg, Kitzsch, Bernsdorf, Nöbendorf, St. Egidien, Heinrichsdorf, Mariannen, Reudersdorf, Ortmannsdorf, Willers St. Nicholas, St. Jacob, St. Michael, Eintracht, Lohr, Niedermüllers, Ruckenschneppel und Zirkow

Amtsblatt für das Agl. Amtsgericht und den Stadtrat zu Nichtenstein

Älteste Zeitung im Königlichen Amtsgerichtsbezirk

Nr. 140.

Verbreitete Zeitung im Amtsgerichtsbezirk

62. Jahrgang.

Dienstag den 1. Juli

Haupt-Vertriebsorgan im Amtsgerichtsbezirk

1913

Das Blatt erscheint täglich, außer Sonn- und Festtagen, ausgenommen für den folgenden Tag. — Verkaufspreis 1 Mk. 50 Pf., durch die Post bezogen 1 Mk. 75 Pf. — Abbestellen kann man bei den Expeditionen in Leipzig, Postamtstraße Nr. 6b, alle deutschen Postämtern, Postboten, sowie die Antragsgeber entgegen. — Abbestellen können die Postämter Leipzig mit 20 Pf. monatlich, Kitzsch mit 30 Pf. — Im amtlichen Vertriebsgebiet kostet die Zeitung 10 Pf. — Telegramm-Adresse: S a g e b l a t t.

Das Wichttaffe.

Der Reichstag erledigte die Wehrvorlage in dritter Lesung und beschloß, sich nach Beendigung seiner Arbeit bis zum 20. November zu vertagen.

Im Fuldthale gingen schwere Gewitter und Unwetter nieder, die durch wolkenbruchartigen Regen und Hagelschlag großen Schaden anrichteten.

Der Petroldampfer *Wohlfahrt* ist im Hafen von New York in die Luft geflogen. Das Schiff ist völlig zerstört. Fünf Mann wurden getötet, sieben verletzt.

Auch der in Stuttgart tagende Verband deutscher Journalisten und Schriftsteller hat eine Resolution gegen das Spionagegesetz angenommen.

In dem Dorf Singelo in Süditalien sind bei einem Schadenfeuer über 100 Häuser mit allen Nebengebäuden niedergebrannt.

In Rogiano Eridania wurden bei dem Erdstoß in einer Schule von 20 Kinder verletzt, unter ihnen drei jämmerlich starb. In Neapel wurde eine Person verletzt, in Rom mehrere Personen und in Santa Sofia d'Episcopo zwei.

Bei Monastir kam es zu einem Feuergefecht zwischen einer bulgarischen Bande und einer starken serbischen Militärabteilung.

Im Bezirk Kithi sollen nach griechischen Berichten bulgarische Soldaten und Kommandos schwere Ausschreitungen begangen, Dörfer ausgeplündert und verbrannt haben.

Bei Onda (Italien-Indien) stürzte ein Personenzug in den Salzfelsen, wobei eine Anzahl Passagiere ertranken.

Im Zentrum und im Westen der Vereinigten Staaten, in Chicago, Cincinnati, Cleveland und Toronto wurden 34 Personen vom Dittschlag getötet. Hunderte liegen schwerverletzt. Es ist vor der Hand keine Abkühlung zu erwarten. Die Ernte ist gefährdet.

Der Flieger *Brügger* flog gestern nachmittags um 1/2 8 Uhr in Dänemark auf und landete nach einer Zwischenlandung 4 Uhr 47 Minuten in Kopenhagen.

Der Flieger *Parisot* ist in Lüttich mit einem Passagier abgestürzt. Der Flieger wurde schwer verletzt, der Passagier ist tot.

Die Insel *Chios* steht in Flammen. Nach einer bulgarischen Aktion haben die Griechen am Kap *Sankt Georgis* den Wald angezündet.

Stuuntischer Zusammenstoß.

Lf. Berlin, 28. Juni.

Kurz vor Abschluß der Sommertagung des Reichstags kam es bei der Sonnabend-Veratung noch einmal zu sehr stürmischen Szenen. In der Generaldebatte zur dritten Lesung der Wehrvorlagen schloßen die Sozialdemokraten als Sprecher einen ihrer „temperamentvollsten“ Redner des radikalen Flügels, den Abgeordneten *Scheidemann* vor. Dieser zog nun gleich sein vollstes Register auf und sprach von einem „verheerenden Völkermord“, das jetzt in Erfurt über wegen militärischen Aufruhrs angeklagten Personen gesprochen worden sei. Man wolle fragen, ob es sich hier um Menschen oder Bestien handele, die ein solches Urteil erlassen hätten. Das müsse das Volk mit sich erfüllen gegen den Militarismus als „Vaterlandsverräter.“

Obwohl Präsident *Dr. Kämpf* von *Waldow* zur Mäßigung mahnte, sprach dieser in diesem Tone weiter, wobei er auch das Parlament der „verlogenen, schimpflichen Unerschlichkeit“ sich. Für diesen Kraftausdruck erhielt Herr *Scheidemann* nach nachdrücklich einen Ordnungsruf. Die äußerste Linke suchte den Worten ihres

Genossen durch Protest- und Entrüstungsrufe noch besonderen Nachdruck zu geben.

Von den Reichsparteikammern trat Abgeordneter *Schulz* in längerer Rede der Berunglimpfung des Offizierskorps durch die Sozialdemokraten entgegen und behauptete mit großem Ernst, daß die Sozialdemokraten eine Todsünde an dem deutschen Volke begehen, wenn sie unser Offizierskorps und unsere Unteroffiziere in den Staub ziehen und der verlangten Erhöhung unserer Wehrmacht widerstreben. Wenn der auswärtige Feind über uns herfällt, bedürfen die Sozialdemokraten ebenso des Schutzes der Arme, wie die ganze Nation.

Reichsanwalt *v. Bethmann-Hollweg*, der schon während der Rede des Abg. *Scheidemann* das Haus betreten hatte, betonte diesem Abgeordneten gegenüber, daß er und seine Genossen blind an den Tatsachen vorübergingen, die vor aller Augen lägen und die die Verbündeten Regierungen mit der großen Mehrheit dieses Hauses davon überzeugt hätten, daß diese Wehrvorlage lediglich zum Schutz und zur Sicherheit des Vaterlandes gemacht worden sei. Für die Aeußerung des sozialistischen Abgeordneten *Scheidemann*, die *Reinigung* sei mit dieser Vorlage der *agacat* *proportat*, finde er keinen geeigneten Ausdruck, um sich ein unehriges Wort eines deutschen Reichstagsabgeordneten gehörend zurückzuweisen. Deutschland habe seit langen Jahrzehnten den Beweis geliefert, daß es keine Angriffspolitik treibe. Bei ihrer Kritik über unser Heer und seine Einrichtungen sei es der Sozialdemokratie gar nicht darum zu tun, zu bessern, sondern lediglich darum, eine Macht, die den Zwecken der Sozialdemokratie nicht dienlich ist, zu zerstören. (Aus den Werten der Sozialdemokraten rief eine Stimme: „Hegel!“) Das Vertrauen des Volkes zum Heere zu erschüttern werde aber nicht gelingen. Das Volk wisse, daß wir kein einiges Deutschland hätten, wenn wir nicht eine starke, gesunde und gute Armee gehabt hätten. Aus diesem Gedanken heraus sei die Wehrvorlage geboren, sei auch die Zustimmung geboren, die die große Mehrheit des Reichstages der Wehrvorlage zollen wolle. Er, der Redner, sei fest davon überzeugt, daß das Ergebnis der Abstimmung ein Beschluß sein werde, den das ganze Vaterland dem Reichstage danken werde.

Nach dem Reichsanwalt ergriff dann der Abgeordnete *Scheidemann* noch einmal das Wort, um gegen die Ausführungen *v. Bethmann-Hollwegs* zu protestieren. Wegen der ungebührlichen Kritik, die er an der Tätigkeit des Präsidiums abte, erteilte ihm Präsident *Dr. Kämpf* wieder einen Ordnungsruf. Die weiteren Darlegungen *Scheidemanns* waren auch diesmal von zahlreichen Beifalls- und Entrüstungsrufen seiner Parteigenossen begleitet.

Bei der Spezialberatung drehte sich die Diskussion hauptsächlich um den vom Abgeordneten *Bassermann* wieder eingebrachten Antrag, die drei gestrichenen Kavallerieregimenter wieder einzustellen. Herr *Bassermann* trat hierbei noch einmal mit eindringlichen Worten für diese Regimenter ein, die für die volle Schlagfertigkeit unseres Heeres unbedingt notwendig seien. Der konservative Abgeordnete *v. Puttk* und Kriegsminister *v. Heeringen* unterstützten sehr warm diesen Antrag, über den am Montag abgestimmt werden soll, und zwar auf Antrag der Sozialdemokraten namentlich. Ein weiterer Gegenstand lebhafter Diskussion bildete das von *Scheidemann* schon erwähnte Urteil des Erfurter Kriegsgerichts und die daraus hervorgeleitete Notwendigkeit einer Reform des Militärrechtes. Der fortschrittliche Abgeordnete *Dr. Müller* erwähnte beifolgende ein Redegesetz, das die größten Forderungen beiseite solle. Kriegsminister *v. Heeringen* betonte demgegenüber, daß man erst die Akten eingesehen haben müsse, um entscheiden zu können, ob das Erfurter Urteil unangenehm sei, er wolle deshalb vor einer überhasteten Entscheidung sein. Der Zentrumabgeordnete *Grober* warnte auch vor einem zu raschen

Entschluß und beantragte die Vertagung dieses Gegenstandes.

Nur vor 2 Uhr hatte das Haus die Wehrvorlage mit dem Wehrbeitragsgesetz und der Novelle zum Reichsstempelgesetz durchberaten. Die Abstimmungen über die dritte Lesung dieser Vorlagen und die Verabschiedung des Restes der Wehrvorlagen sollen in einer Schlußsitzung am Montag erfolgen.

Reichstag und Militärstrafgesetz.

Neue Schwierigkeiten haben sich bei der endgültigen Verabschiedung der Wehrvorlage im Reichstage entgegengestellt. Infolge des in der Sonnabend-Sitzung zitierten Erfurter Kriegsgerichtlichen Urteils, durch das einige Reservisten zu hohen Strafen verurteilt wurden, haben die Sozialdemokraten einen Antrag auf Aenderung der besonders harten Bestimmungen des Militärstrafrechts gestellt, und zwar im Rahmen der zur Beratung stehenden Wehrvorlage; der Bundesrat soll also gezwungen werden, mit der Heeresverwaltung auch diese Reform des Militärstrafgesetzbuches zu schließen. Einen Ausweg bietet der vorliegende freisinnige Antrag von der Wehrvorlage als Rolle zum Militärstrafgesetzbuch. Die Sozialdemokraten wollen ihren Antrag zurückziehen und für den freisinnigen stimmen, wenn heute der Kriegsminister die hängige Erklärung abgibt, daß der Bundesrat in aller Eile dem Reichstag eine entsprechende Vorlage machen wird. Bisher hat der Kriegsminister stets den Standpunkt vertreten, eine solche Reform sei verfräht, man müsse erst das neue Reichsstrafgesetzbuch abwarten. Sollte er weiterhin diese Haltung einnehmen, so kann es leicht kommen, daß heute der sozialdemokratische Antrag Annahme findet.

Deutsches Reich.

Dresden. König *Friedrich August* gegen die Reichsvermögenszuwachssteuer. Wie die „L. P. R.“ erfahren, hat sich König *Friedrich August* nicht nur bei früheren Gelegenheiten, sondern auch nun in neuerer Zeit energisch gegen die Reichsvermögenszuwachssteuer ausgesprochen und sich immer aus dem Standpunkt gestellt, den das sächsische Finanzministerium von Anfang an in dieser Frage eingenommen hat. Diese Tatsache gewinnt an Interesse, nachdem die Mehrheitsparteien des Reichstages sich doch noch trotz des Protestes, der in Sachsen und in den anderen Bundesstaaten laut geworden ist, auf die Reichsvermögenszuwachssteuer geeinigt haben. Sie beweist aber, daß zwischen dem König und seinen verantwortlichen Ratgebern in dieser für die finanzielle Selbständigkeit der Bundesstaaten so wichtigen Frage völlige Uebereinstimmung geherrscht hat und noch herrscht.

Berlin. Die Monarchenzusammenkunft in Kiel wird nur einen Tag dauern. Auch die Kaiserin begibt sich, und zwar am 1. Juli, nach Kiel, um dort zusammen mit dem Kaiser am 3. Juli den Besuch des Königs von Italien zu empfangen. Das „Giornale d'Italia“ schreibt über die bevorstehende Begegnung des deutschen Kaisers und des Königs von Italien in Kiel: Beide Monarchen werden von ihren Ministern des Auswärtigen begleitet sein. Daher werden ihre Unterredungen sicher einen politischen Charakter tragen. In erster Linie werden in Kiel Orientfragen erörtert werden. Die Gesichtspunkte Italiens und Deutschlands hinsichtlich des Orients sind fast dieselben. Beide haben während des Balkankrieges übereinstimmend für den Sieg des Grundgesetzes „Der Balkan den Balkanvölkern“ und für die Beilegung des Konflikts zwischen Oesterreich-Ungarn und Russland gearbeitet. Jetzt müssen sie mit Oesterreich-Ungarn zusammen rufen, die Organisation des unabhängigen albanischen Staates zu Ende zu führen, und alle Anstrengungen machen, um einen möglichen Orientkrieg zu verhindern, und besonders an der Kon-